

Gesellschaftsvertrag

der

**Stadtwerke Hünfeld
Gesellschaft mit beschränkter Haftung**

mit dem Sitz in 36088 Hünfeld

in der Fassung vom 30. Dezember 2005

Gesellschaftsvertrag

§ 1

Firma und Sitz der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft führt die Firma:

„Stadtwerke Hünfeld Gesellschaft mit beschränkter Haftung“

(2) Sitz der Gesellschaft ist Hünfeld.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

(1) Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Wasser und Gas sowie die Einrichtung und der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs sowie der Parkeinrichtungen, der Betrieb des Freibades bzw. anderer städtischer wirtschaftlicher Beteiligungen, Einrichtungen oder Anlagen, die ihm jetzt oder später noch übertragen werden, nach kaufmännischen Grundsätzen.

(2) Die Gesellschaft kann sonstige öffentliche oder private Unternehmungen erwerben, pachten, verpachten, betreuen, sich daran beteiligen oder deren Betriebsführung übernehmen, soweit die Hessische Gemeindeordnung dies zulässt.

§ 3

Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

(1) Die Dauer der Gesellschaft ist nicht begrenzt.

(2) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4

Stammkapital, Stammeinlagen

(1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1.800.000,00 € (in Worten: eine Million achthunderttausend Euro).

(2) Die Stadt Hünfeld ist alleinige Gesellschafterin. Sie hält fünf Geschäftsanteile mit folgenden Nennbeträgen:

5.2.1

- a) 184.000,00 €
- b) 10.000,00 €
- c) 82.000,00 €
- d) 724.000,00 €
- e) 200.000,00 €
- f) 600.000,00 €

§ 5

Verfügung über Geschäftsanteile

Die Übertragung oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen der Geschäftsanteile ist nur mit schriftlicher Einwilligung der Gesellschaft zulässig. Die Einwilligung darf nur nach vorheriger Zustimmung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung erteilt werden. Der Beschluss des Aufsichtsrates bedarf der Mehrheit seiner satzungsmäßigen Mitglieder.

§ 6

Gesellschaftsorgane

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. Die Geschäftsführung,
2. der Aufsichtsrat,
3. die Gesellschafterversammlung.

§ 7

Zusammensetzung und Bestellung der Geschäftsführung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer, die von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen werden. Die Bestellung zum Geschäftsführer soll auf längstens fünf Jahre erfolgen; eine wiederholte Bestellung ist zulässig.
- (2) Der Abschluss, die Änderung sowie die Kündigung von Anstellungsverträgen mit den Geschäftsführern obliegen der Gesellschafterversammlung.

§ 8

Vertretung

- (1) Sofern nur ein Geschäftsführer bestellt ist, vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei

5.2.1

Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

- (2) Einzelnen oder allen Geschäftsführern kann abweichend von Absatz 1 Satz 2 durch Beschluss der Gesellschafterversammlung Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden. Einzelnen oder allen Geschäftsführern kann durch Beschluss der Gesellschafterversammlung Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt werden.

§ 9

Aufgaben der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung leitet die Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, des Gesellschaftsvertrages, der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung und des Aufsichtsrates. Die Aufgaben der Geschäftsführung im Einzelnen sowie die Geschäftsverteilung unter mehreren Geschäftsführern sind in einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung und Geschäftsleitung bestimmt. Diese beschließt der Aufsichtsrat, sofern die Gesellschafterversammlung nichts anderes bestimmt.

§ 10

Bildung, Zusammensetzung und Amtsdauer des Aufsichtsrates

- (1) Die Gesellschaft hat einen fakultativen Aufsichtsrat, auf den die Bestimmungen des Aktiengesetzes, des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 und des Mitbestimmungsgesetzes keine Anwendung finden.
- (2) Der Aufsichtsrat setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen. Der Bürgermeister und der Erste Stadtrat der Stadt Hünfeld gehören dem Aufsichtsrat kraft Amtes als geborene Mitglieder an.

Die übrigen fünf Mitglieder des Aufsichtsrates werden durch die Gesellschafterversammlung (Wahlverfahren d'Hondt) gewählt. Die Wahl erfolgt auf Vorschlag des Bürgermeisters. Bei der Zuordnung von Aufsichtsratsmandaten ist die Gesellschafterversammlung an die politischen Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung mit der Maßgabe gebunden, dass eine proportionale Sitzverteilung entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen – ohne Berücksichtigung von Listenverbindungen – nach dem Wahlverfahren d'Hondt erfolgt. Der Erste Stadtrat wird insofern auf die Fraktion entsprechend seiner politischen Zugehörigkeit angerechnet. Dies gilt nicht für den in Direktwahl gewählten Bürgermeister.

5.2.1

Soweit danach Mandate einer Fraktion zustehen, kann diese hierauf zugunsten der Mitglieder einer anderen Fraktion verzichten.

Der Bürgermeister holt zur Erarbeitung seines jeweiligen Wahlvorschlages die Vorschläge der in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen ein. Er soll diesen entsprechen, soweit dem nicht wichtige Gründe entgegenstehen. Die Fraktionen sollen im Rahmen ihrer Vorschläge zunächst ihre Vorsitzenden berücksichtigen, sofern dem nicht wichtige Gründe entgegenstehen. Der Bürgermeister soll darauf hinwirken, dass möglichst alle größeren Fraktionen im Aufsichtsrat vertreten sind, insbesondere wenn sie keine Vertretung in der Gesellschafterversammlung haben.

Neben dem Ersten Stadtrat muss mindestens ein weiterer Sitz durch ein Magistratsmitglied besetzt werden.

Darüber hinaus soll angestrebt werden, dass dem Aufsichtsrat neben dem Bürgermeister jeweils drei Mitglieder des Magistrates und drei Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung angehören.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates in der Legislaturperiode ab 01.04.1997 bleibt hiervon unberührt.

- (3) Gleichzeitig mit der Wahl der Aufsichtsratsmitglieder kann die Gesellschafterversammlung für jedes Aufsichtsratsmitglied ein Ersatzmitglied wählen, das Mitglied des Aufsichtsrates wird, wenn das Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit wegfällt.
- (4) Die Amtszeit des Aufsichtsrates beginnt, wenn sämtliche Mitglieder gewählt sind. Sie endet in jedem Falle mit Ablauf der jeweiligen Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hünfeld. Der alte Aufsichtsrat führt die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Aufsichtsrates fort.
- (5) War für die Bestellung eines Aufsichtsratsmitgliedes seine Zugehörigkeit zum Magistrat oder zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hünfeld oder eine sonstige Eigenschaft bestimmend, so endet sein Amt mit dem Ausscheiden aus der Stadtverordnetenversammlung oder dem Magistrat bzw. mit dem Verlust der zugrunde gelegten Eigenschaft. Ein ausscheidendes Aufsichtsratsmitglied führt, falls kein Ersatzmitglied für das betreffende Mitglied gewählt worden ist (Abs. 3), seine Amtsgeschäfte so lange fort, bis ein Nachfolger gewählt ist (Abs. 8). Die Regelung des § 125 Abs. 1 Satz 2 HGO bleibt unberührt.
- (6) Jedes Aufsichtsratsmitglied, welches durch Gesellschafterbeschluss bestellt worden ist, kann vor Ablauf seiner Amtszeit durch einen Gesellschafterbeschluss

5.2.1

mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen abberufen werden. Dies erfolgt nur aus wichtigem Grund.

- (7) Jedes Aufsichtsratsmitglied kann sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist durch schriftliche Erklärung niederlegen.
- (8) Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied während der Amtszeit aus und ist kein Ersatzmitglied bestellt, so wählt die Gesellschafterversammlung nur für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitgliedes einen Nachfolger. Dieser soll der gleichen Fraktion, die das ausscheidende Mitglied benannt hat, angehören.
- (9) Die Amtszeit von Ersatzmitgliedern endet mit Ablauf des weggefallenen Mitgliedes.
- (10) Die Tätigkeit des Aufsichtsrates ist ehrenamtlich. Entstehende Auslagen werden durch ein Sitzungsgeld abgegolten.

§ 11

Vorsitz, Aufsichtsratssitzungen, Beschlussfassung, Ausführung von Beschlüssen

- (1) Der Bürgermeister der Stadt Hünfeld ist Vorsitzender des Aufsichtsrates. Stellvertretender Vorsitzender ist der Erste Stadtrat. Der stellvertretende Vorsitzende hat nur dann die Rechte und Pflichten des Vorsitzenden, wenn dieser verhindert ist.
- (2) Der Aufsichtsrat wird von dem Aufsichtsratsvorsitzenden einberufen, wenn es die Geschäfte der Gesellschaft erfordern. Er soll in der Regel einmal im Kalendervierteljahr, er muss einmal im Kalenderhalbjahr einberufen werden. Die Tagesordnung wird vom Aufsichtsratsvorsitzenden im Benehmen mit der Geschäftsführung aufgestellt. Die Einberufung erfolgt schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens einer Woche. In dringenden Fällen können eine andere Form der Einberufung und eine kürzere Frist gewählt werden.
- (3) Der Aufsichtsrat ist unverzüglich einzuberufen, wenn dies von der Geschäftsführung oder mindestens drei Aufsichtsratsmitgliedern unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt wird.
- (4) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, darunter der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder sein Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnimmt. Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit bei Beginn der Sitzung fest; die

5.2.1

Beschlussfähigkeit gilt solange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird. Ist der Aufsichtsrat zu einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung nicht beschlussfähig, so kann binnen einer Woche eine neue Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Bei der Einberufung ist darauf hinzuweisen, dass der Aufsichtsrat in der neuen Sitzung unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist.

- (5) Beschlüsse des Aufsichtsrates werden in der Regel in Sitzungen gefasst. Sie bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht durch Gesetz oder diesen Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt ist. Der Vorsitzende, dem bei Stimmgleichheit eine zweite Stimme zusteht, ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, von dieser Gebrauch zu machen. Dasselbe gilt für den stellvertretenden Vorsitzenden, falls der Vorsitzende an der Beschlussfassung nicht teilnimmt. § 125 Abs.- 1 Satz 2 HGO bleibt unberührt.
- (6) In eilbedürftigen oder einfach gelagerten Angelegenheiten können nach dem Ermessen des Vorsitzenden Beschlüsse des Aufsichtsrates auch durch Einholung schriftlicher, telegrafischer oder fernmündlicher (mit schriftlicher Bestätigung) Erklärungen gefasst werden, wenn kein Mitglied des Aufsichtsrates diesem Verfahren widerspricht.
- (7) Die Durchführung von Aufsichtsratsbeschlüssen und die Vertretung des Aufsichtsrates gegenüber Dritten, insbesondere gegenüber Gerichten und Behörden sowie gegenüber der Gesellschaft, obliegen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Erklärungen des Aufsichtsrates werden vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates namens des Aufsichtsrates unter der Bezeichnung „Aufsichtsrat der Stadtwerke Hünfeld GmbH“ abgegeben.
- (8) Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, sofern sie vom Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung nicht unmittelbar betroffen ist oder der Aufsichtsrat etwas Gegenteiliges beschließt.
- (9) Der Aufsichtsrat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 12

Niederschrift über Sitzungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates

Über die Sitzungen des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift anzufertigen, die der Vorsitzende zu unterzeichnen hat. In der Niederschrift sind der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse des Aufsichtsrates anzugeben.

5.2.1

§ 13

Aufgaben des Aufsichtsrates

(1) Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen. Er hat ein unbeschränktes Recht auf Auskunft und Untersuchung. Ein einzelnes Mitglied kann Auskunftserteilung nur an den gesamten Aufsichtsrat fordern.

(2) Dem Aufsichtsrat obliegen ferner:

1. Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen die Geschäftsführung sowie die Entscheidung über die Vertretung in entsprechenden Prozessen;
2. Entlastung der Geschäftsführung;
3. Prüfung des Jahresabschlusses mit Lagebericht und der Ergebnisverwendung und Abgabe einer Stellungnahme an die Gesellschafterversammlung
4. Die Bestellung des Abschlussprüfers;
5. Aufstellung und Änderung der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung und Geschäftsleitung;

(3) Die Geschäftsführung bedarf in folgenden Angelegenheiten der Zustimmung des Aufsichtsrates:

1. Geschäfte außerhalb der laufenden Verwaltung, soweit im Einzelfall eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates festzulegende Wertgrenze überschritten wird;
2. Übernahme neuer Aufgaben;
3. Festsetzungen und Änderungen der allgemeinen Tarifpreise und allgemeinen Versorgungsbedingungen;
4. Abschluss, Änderung oder Aufhebung von Bezugsverträgen über Elektrizität, Wasser und Gas;
5. Abschluss, Änderung und Aufhebung von Konzessions- und Demarkationsverträgen;
6. Erwerb und Veräußerung von wesentlichen Beteiligungen sowie Erwerb, Veräußerung, Pacht und Verpachtung von Unternehmen, Hilfs- und Nebenbetrieben sowie Betriebsteilen;
7. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, soweit im Einzelfall eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates festzulegende Wertgrenze überschritten wird;

5.2.1

8. Aufnahme von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährsverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten, soweit im Einzelfall eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates festzulegende Wertgrenze überschritten wird;
9. Miet-, Pacht- und sonstige Dauerschuldverhältnisse, sofern die Gesellschaft zu einer jährlich wiederkehrenden und im Erfolgsplan nicht vorgesehenen Ausgabe, deren Betrag die in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates festzulegende Wertgrenze überschreitet, verpflichtet wird;
10. Rechtsgeschäfte, die im Rahmen der Investitionsplan-Mittelbewirtschaftung zu Ausgaben führen (Vergabebeschluss), sofern diese eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates festzulegende Wertgrenze übersteigen;
11. Führung eines Rechtsstreites, soweit der Streitgegenstand eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates festzulegende Wertgrenze übersteigt;
12. Vergleich, Stundung und Erlass von Forderungen, freiwillige Zuwendungen sowie Hingabe von Darlehen, sofern die in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates festzulegenden Wertgrenzen überschritten werden;
13. Abschluss, Änderung und Kündigung von Unternehmensverträgen (Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge sowie Interessengemeinschaftsverträge);
14. Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung oder entsprechenden Organen von Beteiligungsunternehmen und Zweckverbänden, soweit es sich insbesondere um Satzungsänderungen, um die Auflösung des Unternehmens oder um die Zustimmung zu Verfügungen, um Übertragungen oder Verpfändungen von Anteilen an den betreffenden Beteiligungsunternehmen handelt;
15. Erteilung der Einwilligung nach § 5.

Wenn zustimmungsbedürftige Geschäfte nach Ziffer 1 und 7 bis 12 keinen Aufschub dulden und die Einberufung des Aufsichtsrates keine unverzügliche Beschlussfassung ermöglicht, darf die Geschäftsführung mit Zustimmung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates, bei dessen Verhinderung des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates, selbstständig handeln. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind dem Aufsichtsrat in der nächsten Sitzung bekannt zu geben.

- (4) Die Verpflichtung der Geschäftsführung, über alle wesentlichen Entwicklungen und Entscheidungen in der Gesellschaft zu informieren, bleibt hiervon unberührt. Hierzu gehören auch Erfahrungsberichte zu wiederkehrenden Entscheidungen.

5.2.1

- (5) Der Aufsichtsrat nimmt zu dem von der Geschäftsführung vorgelegten Wirtschaftsplan Stellung und legt ihn der Gesellschafterversammlung zur Entscheidung vor.

§ 14

Geheimhaltungspflicht

- (1) Die Aufsichtsratsmitglieder haben über vertrauliche Angaben sowie über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen durch ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren. Beabsichtigt ein Aufsichtsratsmitglied, Dritten gegenüber Angaben insbesondere über Inhalt und Verlauf von Aufsichtsratssitzungen sowie über den Inhalt von Aufsichtsratsvorlagen und -beschlüssen zu machen, so hat er die Zustimmung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates vorher hierüber einzuholen.
- (2) Ausscheidende Aufsichtsratsmitglieder haben alle vertraulichen Unterlagen der Gesellschaft, die sich in ihrem Besitz befinden, an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates zurückzugeben.

§ 15

Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung wird durch den Bürgermeister der Stadt Hünfeld, bei dessen Verhinderung durch seinen gesetzlichen Vertreter, schriftlich unter Mitteilung des Tagungsortes, der Tagesordnung und des Sitzungsbeginns einberufen, wenn Beschlüsse zu fassen sind oder das Wohl der Gesellschaft dies erfordert. In dringenden Fällen kann der Bürgermeister der Stadt Hünfeld, bei dessen Verhinderung sein gesetzlicher Vertreter, eine andere Form der Einladung wählen. Insbesondere kann der Magistrat im Rahmen seiner Sitzungen zugleich als Gesellschafterversammlung Beschlüsse fassen.
- (2) Die Gesellschafterversammlung findet mindestens zweimal im Jahr statt.
- (3) Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der Bürgermeister der Stadt Hünfeld oder bei dessen Verhinderung sein gesetzlicher Vertreter.
- (4) Gesellschafterbeschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag eine größere Mehrheit vorsieht.

5.2.1

- (5) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem Bürgermeister oder seinem gesetzlichen Vertreter zu unterzeichnen ist. Die Urschrift der Niederschrift ist zu den Akten der Gesellschaft zu nehmen.
- (6) Die Geschäftsführung nimmt an der Gesellschafterversammlung teil, sofern der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung nichts anderes bestimmt.

§ 16

Aufgaben der Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung beschließt in der Regel nach Vorberatung durch den Aufsichtsrat insbesondere über folgende Angelegenheiten:

1. Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer;
2. Abschluss, Änderung und Kündigung der Anstellungsverträge zwischen der Gesellschaft und der Geschäftsführung;
3. Bestellung und Abberufung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten;
4. Wahl der Aufsichtsratsmitglieder;
5. Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder;
6. Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Aufsichtsratsmitglieder;
7. Änderungen des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und –herabsetzungen;
8. Umwandlung und Auflösung der Gesellschaft;
9. Ernennung und Abberufung von Liquidatoren;
10. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes einschließlich des Stellenplanes und seiner Nachträge;
11. Erteilung der Zustimmung nach § 5;
12. Einstellung, Beförderung und Entlassung von Personal.

§ 17

Wirtschaftsplan

- (1) Die Geschäftsführung stellt in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan auf, dass die Gesellschafterversammlung vor oder zu Beginn des Geschäftsjahres hierüber gemäß § 16 Nr. 10 beschließen kann. Hierbei sind die von der Gesellschafterversammlung vorgegebenen Termine und Fristen einzuhalten. Der Wirtschaftsplan ist eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Wirtschaftsplan und Finanzplanung werden von dem Aufsichtsrat beraten und der Gesellschafterversammlung mit einer Stellungnahme sowie einer Beschlussempfehlung vorgelegt.
- (2) Die Geschäftsführung unterrichtet den Aufsichtsrat über die Entwicklung des Geschäftsjahres regelmäßig, insbesondere über wesentliche Abweichungen von den Planzahlen.

§ 18

Jahresabschluss, Lagebericht und Jahresabschlussprüfung

- (1) Jahresabschluss (Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) und Lagebericht sind von der Geschäftsführung nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen und dem Abschlussprüfer vorzulegen. Der Auftrag an den Abschlussprüfer ist auch auf die Aufgaben nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) zu erstrecken.
- (2) Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss zusammen mit dem Lagebericht und dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes dem Aufsichtsrat zur Prüfung und der Gesellschafterversammlung zum Zwecke der Feststellung des Jahresabschlusses vorzulegen. Zugleich hat die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat den Vorschlag vorzulegen, den sie der Gesellschafterversammlung für die Verwendung des Ergebnisses machen will.
- (3) Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Ergebnisses zu prüfen. Der Aufsichtsrat hat über das Ergebnis der Prüfung an die Geschäftsführung schriftlich zu berichten. Der Bericht ist der Gesellschafterversammlung ebenfalls unverzüglich vorzulegen.

5.2.1

- (4) Die Gesellschafterversammlung hat spätestens bis zum Ablauf der ersten sechs Monate des Geschäftsjahres über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Ergebnisverwendung für das vorangegangene Geschäftsjahr zu beschließen.
- (5) Die Offenlegung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes richtet sich nach den für die Größenordnung der Gesellschaft maßgeblichen Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches.

§ 19

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen, soweit gesetzlich vorgeschrieben, im Bundesanzeiger. Ansonsten werden die Bekanntmachungen der Gesellschaft in dem Amtlichen Bekanntmachungsorgan der Stadt Hünfeld veröffentlicht.

– Ende des Satzungswortlautes –